

Beschluss des DGB-Bundesvorstands vom 6. März 2007

Der Deutsche Gewerkschaftsbund und seine Mitgliedsgewerkschaften lehnen die Kapitalprivatisierung der Deutschen Bahn AG grundsätzlich ab. Sie fordern den Eigentümer Bund auf die Deutsche Bahn AG zukunftssicher zu machen und als öffentlichen Verkehrsträger dauerhaft zu erhalten.

Das deutsche Schienensystem muss unter der finanziellen Verantwortung des Bundes und in dessen Eigentum erhalten, modernisiert und weiter ausgebaut werden. Für eine moderne Volkswirtschaft ist vor dem Hintergrund eines wachsenden Mobilitätsbedarfs der Bevölkerung und zunehmendem Güterverkehr das Verkehrssystem Schiene unentbehrlich.

Für die Fortsetzung der positiven Unternehmensentwicklung der DB AG ist eine Kapitalprivatisierung nicht erforderlich, wenn die Bundesregierung sich zu ihrer Verantwortung als Eigentümer bekennt. Neben einer langfristigen Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung und einer ausreichenden Eigenkapitalausstattung, müssen gleiche Wettbewerbsbedingungen für den intramodalen Wettbewerb geschaffen werden.

Die DB AG soll als integriertes Unternehmen im Staatseigentum erhalten bleiben und darf nicht zerschlagen werden, fordert der DGB. Überlegungen, einzelne Teile des Konzerns mehrheitlich oder vollständig zu verkaufen, gefährden zigtausende Arbeitsplätze und führen zu Verschlechterungen der Tarif- und Sozialstandards in der gesamten Schienenverkehrsbranche.

Die verkehrspolitische Arbeitsgruppe des DGB wird auf Grundlage dieser prinzipiellen Haltung gebeten, für die April-Sitzung des DGB-Bundesvorstandes eine ausführliche Stellungnahme zur Zukunft der Deutschen Bahn AG und der schienengebundenen Verkehrsinfrastruktur in Deutschland vorzubereiten.